

Nr. 29**Anfrage
der Fraktion der CDU.**

Die Fraktion der Christlich-Demokratischen-Union fragt an:

1. Ist dem Staatsministerium bekannt, daß die Postverwaltung in Groß-Hessen es bisher ablehnt, auf vor dem 8. Mai 1945 durch Postanweisungen eingezahlte oder auf Postscheckkonten abgebuchte Beträge, die nachweislich beim Empfänger nicht eingetroffen sind, Rückzahlungen zu leisten, während in Württemberg und Baden solche Rückzahlungen erfolgen, wenn der Nachweis der Einzahlung erbracht und der Nichteingang beim Empfänger glaubhaft gemacht wurde?
2. Ist dem Großhessischen Staatsministerium bekannt, daß durch die Ablehnung dieser Rückzahlungen besonders im Krankenversicherungswesen bedenkliche Schädigungen der Betroffenen eintreten, darüber hinaus sich wirtschaftlich und sozial unerfreuliche Folgen ergeben?
3. Ist das Großhessische Staatsministerium bereit, durch Verhandlungen mit der Militärregierung und der zuständigen Oberpostdirektion den Beteiligten zu ihren berechtigten Ansprüchen zu verhelfen?

Nr. 30**Antrag
der Fraktion der SPD.**

Die Sozialdemokratische Fraktion stellt folgenden Antrag:

Große Teile der Bevölkerung, insbesondere der Großstädte und der Flüchtlinge, sind bereits jetzt infolge der Lebensmittelknappheit in besorgniserregendem Umfang unterernährt und von Krankheiten befallen. Dazu sind die Wohnverhältnisse seit dem vergangenen Winter keinesfalls besser geworden; infolge des Mangels an Baustoffen ist vielmehr der Verfall vieler beschädigter Gebäude weiter fortgeschritten. Außerdem haben viele Flüchtlinge noch keine Kochstelle und keine Heizgelegenheit erhalten können. Schnellste Besserung dieser Verhältnisse ist unumgänglich notwendig.

Wenn nicht dafür Sorge getragen wird, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Heizmaterial im kommenden Winter wesentlich besser wird, wie im vergangenen, so muß die Gesundheit und das Leben weiter Bevölkerungsschichten zu einer ernststen Gefahr führen.

Die Arbeitskraft des Volkes wird erst größer werden, wenn der Ernährungs- und Gesundheitszustand des Volkes sich entscheidend gebessert hat. Deshalb muß die Behebung dieser Mängel die vordringlichste Sorge aller sein.

Wir ersuchen die Regierung, alles daran zu setzen, was in ihren Kräften steht, um den Beitrag der deutschen Bevölkerung zur Behebung dieser Not so bald wie möglich zu steigern. Wir wenden uns aber auch an die amerikanische Militärregierung mit der dringenden Bitte, auch ihrerseits vor allem durch Freigabe der erforderlichen Mengen an Ruhr- und Saarkohle zur Steuerung der dringenden Not beizutragen.